

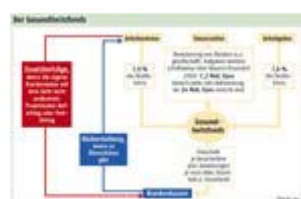
Gesetzliche Krankenversicherung Die Gesundheitslücke

VON MICHAEL BERGIUS

Berlin. Rund 600 Kilometer liegen die einst provisorische und die echte Bundeshauptstadt auseinander, und viel wurde gestern hin- und hertelefoniert. In Bonn brütete ein Schätzerkreis darüber, wie groß das Finanzloch in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im kommenden Jahr wohl ausfallen wird. In Berlin war Tag zwei der schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen.

Der zu Jahresbeginn 2009 geschaffene Gesundheitsfonds, das zentrale Reformwerk von Union und SPD, steckt in Nöten. Allein wegen steigender Ausgaben droht der Geldsammelstelle 2010 ein Minus von 7,45 Milliarden Euro. Zu diesem Ergebnis kam der Schätzerkreis für die gesetzliche Krankenversicherung, der aus Experten des Bundesversicherungsamtes, des Gesundheitsministeriums und des GKV-Verbandes besteht, am Dienstag in Bonn.

In Berlin meldete sich schon am frühen Morgen Daniel Bahr zu Wort. Eine "vorbehaltlose" Diskussion über den Gesundheitsfonds sei jetzt angesagt, verlangte der FDP-Jungpolitiker im ZDF. Seine Partei hatte immer wieder gefordert, den Fonds abzuschaffen; die CDU-Vorsitzende und Kanzlerin, Angela Merkel, hatte stets erwidert, in seiner Substanz werde der Fonds nicht angetastet.



Gesundheitsfonds (Bild: FR-Infografik)

Was kann, was muss getan werden – zumal, wenn in der Koalitionswerkstatt ohnehin Inventur ansteht? Zunächst könnten die neuen

Bündnispartner auf die Idee kommen, den Einheitsbeitrag zu erhöhen. Zur Zeit liegt er bei 14,9 Prozent, von denen Kassen-Mitglieder 7,9 und Arbeitgeber 7,0 Prozent zahlen. Eine Anhebung liefe aber diametral dem erklärten Anliegen von Union und FDP zuwider, die Lohnnebenkosten stabil zu halten und würde die Wirtschaft auf die Palme bringen.

Zusatzbeiträge

Zwei Möglichkeiten sind für klamme Krankenkassen geschaffen worden, ihren Mitgliedern zusätzlich Geld abzuverlangen: Bis zu acht Euro pro Monat dürfen erhoben werden, ohne dass die Einkommenslage des Kunden geprüft werden muss.

Als Alternative gibt es den Zusatzbeitrag in Höhe von maximal einem Prozent des bei 3675 Euro gedeckelten Monatseinkommens.

Kassenmitglieder haben ein Sonderkündigungsrecht, wenn Zusatzbeiträge erhoben werden. (mbe)

Das System

Der Gesundheitsfonds

resultiert aus einem Kompromiss der großen Koalition. Ausgangspunkte für das neue System zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung waren die Konzepte einer Bürgerversicherung (SPD) und der von der Union favorisierten Gesundheits- (Kopf-)prämie, die als unvereinbar galten. Kanzlerin Angela Merkel und SPD-Ministerin Ulla Schmidt (SPD) betrieben das Projekt mit Verve.

Seit Anfang 2009 werden Beitrags- und Steuergelder zentral eingezogen und an den Fonds weitergeleitet. Seither wird ein einheitlicher Satz für alle Kassen von der Bundesregierung festgelegt. Für die Arbeitgeber bedeutet die Neuregelung eine Kostenentlastung. (hein)

Variante Nummer zwei, die vor allem die Krankenkassen und auch Sozialverbände präferieren: Der Bund erhöht seinen Zuschuss an den Fonds. 11,8 Milliarden Euro sind für 2010 bereits eingeplant; wenn die neue Regierung noch was oben drauflegte, würde sie jedoch ihren ohnehin schon engen Spielraum für Steuerentlastungen einschränken.

Am plausibelsten erscheint das Szenario des Zuwartens. Der in diesem Jahr mit immerhin rund 167 Milliarden Euro ausgestattete Fonds wird bis auf weiteres nicht aufgestockt, was dazu führt, dass die derzeit noch rund 180 gesetzlichen Kassen schauen müssen, wie sie über die Runden kommen.

Wenn es wie erwartet eng wird, sind Zusatzbeiträge eine naheliegende Konsequenz. Laut Gesetz sind sie derzeit für Gutverdiener bei maximal rund 37 Euro im Monat gedeckelt. Allerdings können Union und FDP entweder bereits jetzt oder – wahrscheinlicher – nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Frühsommer 2010 beschließen, die bisherige Belastungsschwelle von einem Prozent des Monatsbruttos an- oder gar aufzuheben.

Dies wäre zumindest der Einstieg in die von der Union bereits vor vier Jahren präferierte Kopfpauschale; und auch die FDP könnte ihrer Klientel weismachen, man sei dem Ziel nähergekommen, die Eigenverantwortung im Gesundheitswesen zu stärken. Leidtragende dieses Szenarios wären Arbeitnehmer und Rentner. Die GKV-Finzen würden hingegen stabilisiert – und Wirtschafts- sowie Arbeitgeberverbände ruhiggestellt.

Es gibt noch andere Stellschrauben, die in den nächsten Tagen bei den Koalitionsverhandlungen zumindest am Rande eine Rolle spielen könnten. Union und FDP dürften an die Kassen appellieren, wirtschaftlicher mit ihrem Geld umzugehen und untereinander weitere Fusionen anzubahnen, um Verwaltungskosten zu dämpfen. Auch könnten der Wirtschaftsflügel der CDU im Verbund mit FDP-Vertretern die Idee wiederbeleben, bestimmte medizinische Leistungen aus dem gesetzlichen Kassenkatalog auszugliedern. Allerdings haben derlei Pläne kaum Chancen, und sie sind auch wenig geeignet, Milliardenlöcher in der GKV zu stopfen.

Der Gesundheitsfonds bekam gestern seltene Rückendeckung aus der Opposition. Union und FDP sollten ihn "nicht abschaffen, sondern sozial gerecht finanzieren", verlangte Martina Bunge von der Linkspartei. Und die Grünen-Gesundheitsexpertin Biggi Bender warnte Schwarz-Gelb davor, die aktuelle Finanzmisere für "drastische Einschnitte in das Solidarsystem zu nutzen".

Empfehlen via:  Twitter  Facebook  StudiVZ  MySpace

[document info]

Copyright © FR-online.de 2009

Dokument erstellt am 06.10.2009 um 19:42:03 Uhr

Letzte Änderung am 06.10.2009 um 20:17:25 Uhr

Erscheinungsdatum 06.10.2009 | Ausgabe: d

URL: http://www.fr-online.de/top_news/?em_cnt=1996238&em_loc=2091